

## Wie Europa seine Bürger verlor

Für mehr Teilhabe: Europäisierung und die Defizite der Integration

von Kiran Klaus Patel

Wer verstehen will, was in Frankreich am 29. Mai und in den Niederlanden am 1. Juni 2005 geschah, muss in die fünfziger Jahre zurückgehen. Gäbe es bei den Bürgern nicht grundlegende Verständnis- und Akzeptanzprobleme gegenüber dem Integrationsprojekt, dann hätte das Ergebnis mehr mit der Frage zu tun gehabt, die es konkret zu entscheiden galt: der Wahl zwischen dem im Oktober 2004 in Rom unterzeichneten Verfassungsvertrag und dem Vertrag von Nizza von 2000. Der Verfassungsvertrag sollte im Vergleich zum Status quo mehr demokratische Kontrolle, Transparenz und Handlungsfähigkeit bringen. Die Mehrheit der Bürger schien dies wenig zu interessieren – ihr Abstimmungsverhalten ist vielmehr ein Reflex auf 55 Jahre Integrationsgeschichte.

### Erfolg als Problem

Zum Problem wird der EU heute ihr beispielloser Erfolg. Seit den fünfziger Jahren entstand aus der Montanunion von 1951, vor allem aber aus der EWG von 1957 ein Modell, das in seiner Mischung aus supranationalen und intergouvernementalen Elementen und aufgrund seiner sicherheitspolitischen Einbettung in das westliche Bündnissystem immer mehr Sogkraft entwickelte. Von ursprünglich sechs Mitgliedsstaaten der Montanunion hat sich die Zahl in rund 50 Jahren vervierfacht; weitere Beitritte stehen vor der Tür. Zum Vergleich: Die USA verdoppelten noch nicht einmal in dem halben Jahrhundert nach 1776 die Zahl der Unionsstaaten. Offensichtlich ist das Einigungsprojekt in der Alten Welt nach wie vor attraktiv. Seine Strahlkraft reicht zugleich weit darüber hinaus. Man denke nur daran, dass eine der schmeichelhaftesten Darstellungen zum Thema aus der Feder eines US-Amerikaners stammt, von Jeremy Rifkin.

Ihr wichtigstes ursprüngliches Ziel hat die Union in beeindruckender Weise erreicht. 1966 hatte Jean Monnet, der bedeutendste Gründervater der Gemeinschaft, notiert, dass die Europäer versuchen müssten, „unsere Zivilisation und unser Handeln auf den Frieden hin auszurichten“.<sup>1</sup> Tatsächlich ging das Einigungsprojekt einher mit der Befriedung des Kontinents, der zuvor in seinem Innern und in der ganzen Welt die blutigsten Konflikte in der jüngeren Geschichte ausgetragen hatte. Natürlich war Frieden genauso sehr Vorbedingung für Integration wie die Integration für den Frieden. Trotzdem: Dass das Einigungsprojekt einen guten Anteil an der deutsch-französischen Annäherung und der Befriedung des Kontinents hat, dürfte kaum jemand bestreiten.

Aber darin liegt auch das Problem: Innereuropäischer Krieg gilt heute als so unwahrscheinlich, dass seine Vermeidung keine Leistung mehr darstellt. Die deutsch-französische Versöhnung ist so weit gediehen, dass sich die Jugend beider Länder nunmehr blendend – und primär über das Vehikel Englisch – versteht. Die Gefahr, dass Deutschland einen dritten Weltkrieg anzet-



Prof. Dr. KIRAN KLAUS PATEL, geb. 1971, ist Juniorprofessor im Bereich Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

<sup>1</sup> Jean Monnet: *Memoiren eines Europäers*, München 1980, S. 615.

teln könnte, ist gebannt. Und selbst eine antikommunistische Blockbildung scheint heute überflüssig. Frieden gilt als so selbstverständlich, dass für die Vermeidung des Udenkbaren niemand mehr dankbar ist.

### Geburtsfehler

Die EU hat sich aber nicht bloß zu Tode gesiegt. Noch wichtiger sind vielmehr ihre Defizite, die ihren Ursprung ebenfalls in den fünfziger Jahren haben. Zumindest die drei wichtigsten seien genannt. Erstens der technokratische Stil des Einigungsprojekts. Nicht nur die Licht-, sondern auch die Schattenseite der EU lässt sich an Monnet verdeutlichen. In der oben zitierten Notiz hatte er zudem festgehalten: „Die Zivilisation, das ist: Regeln + Institutionen.“ Seine Vision Europas war bürgerfern. Monnets Memoiren sind bevölkert mit Experten, Beamten und Staatsmännern, Durchschnittseuropäer kommen so gut wie nicht darin vor. Supranational, das hieß in der Praxis bald: supertechnokratisch. Nicht nur in Frankreich war damals „le plan“ ein würdevoller Begriff. Man muss kein Neoliberaler sein, um die damaligen Hoffnungen auf Steuerbarkeit und Planbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft für hochgradig problematisch zu halten. Die Gründergeneration des Einigungsprojekts interessierte sich für effiziente, schlagkräftige Strukturen. Demokratische Kontrolle und Legitimation galten demgegenüber als nachrangig. Mit ihrem technokratischen Stil stehen die Institutionen der EU bis heute in dieser Tradition, auch wenn sich der Kurs der Kommission in vielen Politikfeldern in eine wirtschaftsliberale Richtung bewegt hat.

Zweitens verteidigten alle Mitgliedsstaaten seit Beginn der Verhandlungen hartnäckig ihre jeweiligen nationalen Interessen. Bei aller grundsätzlichen Integrationsbejahung waren sie doch stets vor allem um eines besorgt: ihre nationale Souveränität. Nur diejenigen Integrationsinitiativen hatten eine Chance auf Umsetzung, die dieser Sorge ausreichend Rechnung trugen. Die vielen hundert anderen Vorschläge und Kommissionen, Komitees und Vorstöße, die am Widerstand von einem oder mehreren Mitgliedsstaaten scheiterten, kann dagegen kaum noch ein Integrationshistoriker überblicken.

Bereits in den Verhandlungen über die Montanunion wachten die Gründerstaaten der EU eifersüchtig darüber, dass die Hohe Behörde und die Versammlung nicht zu viele Kompetenzen bekamen. Dasselbe galt später für Kommission und Europäisches Parlament. Nicht die Herstellung eines handlungsfähigen und bürgernahen Europas, sondern die Rettung des Nationalstaats war zumeist die oberste Maxime, wie erneut der aktuelle Streit um die Finanzierung der Gemeinschaft zeigt. Insofern haben die Mitgliedsstaaten einen wesentlichen Anteil daran, dass Brüssel nicht transparenter und direkter demokratisch legitimiert ist. Es waren auch die Nationalstaaten, die in den siebziger Jahren, als schwere Krisen zu bestehen waren, nach Entscheidungsformen außerhalb der Verträge suchten. Das wichtigste Beispiel dafür sind die europäischen Gipfel. Wie neue Forschungen gezeigt haben, verhalfen sie der Gemeinschaft zwar immer wieder zu neuem Schwung.<sup>2</sup> Sie

Die Vision Europas war von Anfang an bürgerfern. Und es ging schon immer um nationale Interessen.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. Jürgen Mittag und Wolfgang Wessels: Die Gipfelkonferenzen von Den Haag (1969) und Paris (1972). Meilensteine für Entwicklungstrends der Europäischen Union?, in: Franz Knipping und Matthias Schönwald (Hrsg.): *Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984*, Trier 2004, S. 3–27.

## Europa neu denken!

machten „Europa“ aber noch undurchschaubarer. Dass sich die Nationalstaaten außerdem gerne des Umwegs über Brüssel bedienen, um unliebsame Entscheidungen durchzusetzen, hat die Akzeptanz zum Einigungsprojekt auch nicht gerade erhöht.

Drittens waren alle europapolitischen Verhandlungen von Anfang an so kompliziert und kontrovers, dass sie sich kaum kommunizieren ließen. Das hatte sich bereits bei den Verhandlungen zur Montanunion 1950/51 gezeigt. Die Römischen Verträge von 1957 waren dann in ihrem Charakter noch technokratischer. Alle Kräfte richteten sich damals darauf, mit nüchternem Pragmatismus zu einem Kompromiss zu kommen. Und da jede Seite das Verhand-

Die europäische Politik war Arkanpolitik, von Eliten verordnet statt diskutiert.

lungsergebnis zu Hause als Erfolg verkaufen musste, durfte keine ihr Gesicht verlieren. Um dies zu erreichen, wurden öffentliche Auseinandersetzungen vermieden. Auch für tiefeschürfende Selbsterklärungen, für einen intensiven Austausch mit den Bürgern blieb kein Raum.

Als die Integration begann, legte sie zugleich ihre Bürger still. Deswegen vermochten es etwa die Römischen Verträge kaum, die öffentliche Meinung und die Gemüter in Europa zu mobilisieren. Schon 1957 war die Mehrheit der Bevölkerung eher gleichgültig oder desinteressiert.

### Legitimation und Partizipation

Natürlich waren alle Einigungsschritte demokratisch legitimiert. Allerdings speiste sich ihre Legitimation überwiegend aus derjenigen der beteiligten Nationalstaaten. Seitens der Akteure gab es immer die Tendenz, die EU als intergouvernementales Zweckvehikel zu sehen. Direktere Formen demokratischer Kontrolle, von Partizipation und Legitimation gab es dagegen kaum. Europa musste und konnte keine Massen mobilisieren.

Die europäische Integration wurde seit den fünfziger Jahren zur Arkanpolitik. Seitdem wurde Europa weniger gedacht und diskutiert als verwaltet und verordnet, ohne dass man einer Seite – den Regierungen der Mitgliedsstaaten, der Kommission oder auch den national organisierten Medien – dafür die alleinige Verantwortung geben könnte. Allerdings verwirklichte sich die Union fern ihrer Bürger. Und wenn nichtstaatliche Akteure noch eine Stimme hatten, dann primär als Lobby-Organisationen. Ein gutes Beispiel dafür bieten die Bauernverbände, denen es in den sechziger Jahren in erstaunlichem Maße gelang, die gemeinsame Agrarpolitik zu ihrer Interessenpolitik zu machen – und gleichzeitig über Brüssel zu schimpfen. Abgesehen von der Einflussnahme der Vertreter von Partikularinteressen, die Europa auch nicht transparenter machten, blieb die Mehrheit der Bürger außen vor. So nahm Brüssel immer mehr jene Stelle ein, die es bis heute für die meisten Europäer hat: Es oszilliert zwischen Leerstelle und Sündenbock.

Dabei war die Entwicklung zum bürgerfernen Koloss der EU keineswegs in die Wiege gelegt. Denn in den unmittelbaren Nachkriegsjahren gab es eine zwar kleine, aber vibrierende Debatte in den europäischen Gesellschaften, ob und wie Europa zu einigen sei. In den intellektuellen Eliten der europäischen Zivilgesellschaft bildeten sich binnen weniger Jahre eine Reihe von Organisationen, die für einen wie auch immer gearteten Zusammenschluss in Europa eintraten. Auf dem Haager Kongress, dem Höhepunkt der frühen Europa-Bewegungen, diskutierten im Mai 1948 nicht nur mehrere hundert Delegier-

te, sondern gleichzeitig kamen Zehntausende zu Massenkundgebungen zusammen, um für die europäische Idee zu demonstrieren. Prozentual war auch dies nur eine kleine Minderheit der Europäer und sozial nicht repräsentativ. Trotzdem gab es hier Ansätze für ein bürgernäheres Europa. Allerdings wurden diese Gruppierungen mit ihren Erfahrungshaushalten und Positionen in den politischen Integrationsprozess seit den fünfziger Jahren kaum eingebunden. Die Europa-Bewegung, das Europa der Zivilgesellschaft, verlor so deutlich an Schwung, und bald konnten sich einige dieser Organisationen nur noch aufgrund diskreter Zuwendungen des amerikanischen Geheimdienstes über Wasser halten.

### Das Ende des „goldenen Zeitalters“

Trotz aller immensen Verdienste litt die Gemeinschaft somit von Anfang an unter einem Konstruktionsfehler. Immerhin wurde das Projekt bis in die frühen siebziger Jahre zumindest durch einen permissiven Konsens getragen. Der Hauptgrund dafür liegt in jenem langanhaltenden ökonomischen Nachkriegsboom, der den westeuropäischen Staaten zwischen 1950 und 1973 Wachstumsraten von durchschnittlich fünf Prozent jährlich bescherte.<sup>3</sup> Französische Historiker sprechen von den Nachkriegsdekaden zu Recht als von den *trente glorieuses*; Eric Hobsbawm hat jene Jahre als das „goldene Zeitalter“ bezeichnet. Offensichtlich führten der Aufschwung und der allgemeine Optimismus damals dazu, dass die Bürger Westeuropas auch mit ihrem Integrationsprojekt nachsichtig waren. Ex negativo ergibt sich so ein viertes Problem aus der Integrationsgeschichte: Sie wurde getragen und begleitet durch einen zumindest in der neueren Wirtschaftsgeschichte einmaligen Boom, der selbst die Prosperitätsphasen im Europa des 19. Jahrhunderts, in den 1850/60er Jahren sowie den 1890/1900er Jahren, in den Schatten stellte. Erst in der Nachkriegszeit entstand in Westeuropa jenes breite Niveau von Wohlstand und sozialstaatlichen Leistungen, das durch die Globalisierung unserer Tage in Frage gestellt wird. Wer heute etwas verlieren kann, hat es häufig damals erst gewonnen. Die neuen Abstiegsängste artikulieren sich nicht nur in der Kritik an der Politik des jeweiligen Nationalstaats, sondern auch am Integrationsprojekt.

Die Integration wurde von einem einmaligen Boom begleitet. Jetzt haben alle etwas zu verlieren.

### Die EU: ein Adiaphoron

In der Wirtschaftskrise seit den frühen siebziger Jahren zeigten sich deswegen Risse im Gemeinschaftsprojekt. Bald machte das hässliche Wort von der „Eurosklrose“ die Runde. Seitdem gab es eine ganze Reihe von Versuchen, die Bürger stärker in das Integrationsgeschehen einzubeziehen. Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament seit 1979 stellen die wichtigste dieser Initiativen dar. Seit den achtziger Jahren kam eine symbolpolitische Offensive hinzu. All diese Ansätze konnten die Akzeptanzprobleme jedoch nicht beseitigen. Unübersehbar wurde dies in der Ratifizierungskrise des Vertrags von Maastricht 1992/93: Das dänische Nein vom 2. Juni 1992, fast auf den Tag genau 13 Jahre vor den Entscheidungen in Frankreich und den Niederlan-

<sup>3</sup> Bezogen auf das Sozialprodukt; vgl. Gerold Ambrosius, *Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien*, Frankfurt am Main 1996, S. 10 f.

den; das hauchdünne Ja in Frankreich, nachdem Umfrageergebnisse noch ein halbes Jahr zuvor eine klare Mehrheit für das Vertragswerk vorausgesagt hatten; und der knappe Ausgang im britischen Unterhaus damals lesen sich heute wie ein Vorspiel zu den momentanen Problemen. Seitdem gab es weitere Bemühungen, die Bürger stärker zu beteiligen. Die Konventsmethode, zu der man nach guten Erfahrungen bei der Grundrechtecharta 1999/2000 für den Verfassungsvertrag griff, ist in diesem Kontext zu sehen. Aber auch sie war nicht sehr erfolgreich. Denn das öffentliche Interesse an den Arbeiten des Konvents blieb bekanntlich gering.

Offensichtlich haben alle Anstrengungen keine wirklichen Früchte getragen. Das Verhältnis der Bürger zur EU ist primär ein Nicht-Verhältnis geblieben. Im antiken Griechenland hätte man von einem „Adiaphoron“ gesprochen, einem Mittelding, das weder angenehm noch unangenehm, weder lobens- noch tadelswert ist, zu dem man sich gleichgültig verhält. Anders kann

Die Bürger haben ein Nicht-Verhältnis zur EU – zugleich sind sie stärker europäisiert.

man auch die Ergebnisse des Eurobarometers der letzten zehn Jahre nicht lesen. Laut Umfragen würde demnach jeweils die relative Mehrheit der EU-Bürger auf eine Abschaffung der EU mit Gleichgültigkeit reagieren.<sup>4</sup> Diese Indifferenz zeigt sich auch am Wissen über die EU. Wer

Studenten unterrichtet, kann sich zumindest über eine Mischung aus Unkenntnis und Interesse freuen. Regelrecht durch Unwissen blamiert haben sich dagegen kürzlich Spitzenvertreter aller deutschen Parteien, die direkt vor der Bundestagsabstimmung über den Verfassungsvertrag von „Panorama“ nach dessen Inhalt befragt wurden.<sup>5</sup> Dagegen wurde in Frankreich die EU aufgrund des Referendums zumindest kurzzeitig mehr als ein Adiaphoron und löste rege Diskussionen unter den Bürgern aus. Grundsätzlich kann man diese leidenschaftliche Auseinandersetzung nur begrüßen. Allerdings ist fraglich, ob die Debatte mehr als ein Strohfeuer war.

### Integration und Europäisierung

Gleichzeitig spielt Europa im Leben vieler Menschen eine immer größere Rolle, häufig ohne dass ihnen dies bewusst wäre. Der Kontinent rückt zunehmend zusammen, Zahl und Qualität der Verbindungen und Austauschprozesse steigen an. Bei allen Problemen der politischen Integration gibt es gleichzeitig eine Tendenz zur ökonomischen und sozialen Einigung des Kontinents. Europa hat sich im 20. Jahrhundert, vor allem seit 1945, zunehmend „europäisiert“, wenn man einmal diesen in Mode gekommenen Begriff verwenden will, der in seinen analytischen Potenzialen noch nicht voll ausgelotet ist. In vielen Fragen, etwa bei der Beschäftigungsstruktur oder der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaats, gibt es Hinweise auf wachsende innereuropäische Gemeinsamkeiten und zugleich auf gemeinsame Unterschiede zu anderen Weltgegenden.<sup>6</sup> Viele dieser Prozesse entwickelten sich unabhängig von der politischen Integration. Sie waren natürlich auch nie deckungsgleich mit dem Ge-

<sup>4</sup> Vgl. *Eurobarometer* 62 (Mai 2005), S. 86. Aktuelle Werte: 43 % „gleichgültig“, 5 % weiß nicht/keine Angabe, 39 % „sehr bedauern“, 13 % sehr erleichtert.

<sup>5</sup> Vgl. Abstimmung der Ahnungslosen – Die EU-Verfassung im Bundestag, *Panorama* Nr. 253, 12. Mai 2005, online: [www.ndrtv.de/panorama/data/abstimmung\\_ueber\\_eu\\_verfassung.pdf](http://www.ndrtv.de/panorama/data/abstimmung_ueber_eu_verfassung.pdf).

<sup>6</sup> Vgl. als Überblick Hartmut Kaelble: *Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980*, München 1987.

biet der EU und ihrer Vorläufer. Viele andere, wie etwa die Reisefreiheit oder das europäische Sozialstaatsmodell, werden landläufig nicht mit der politischen Integration in Beziehung gesetzt, zugleich aber sehr geschätzt.

Im Gegensatz zu diesen Ansätzen sozialer und ökonomischer Europäisierung sieht es auf politischer Ebene anders aus. Neuere Forschungen haben gezeigt, dass sich ausgerechnet die politischen Systeme der Mitgliedsstaaten der EU nicht sehr aneinander angenähert haben, obwohl sie doch über den Integrationsprozess in einen intensiven Austausch miteinander getreten sind und sich dadurch verändert haben.<sup>7</sup> Diese Ungleichzeitigkeit der Prozesse ist ein weiterer Grund für die Akzeptanz-, Wahrnehmungs- und Kommunikationsprobleme des Einigungsprojekts.

### Einigung in der dritten Generation

Insgesamt ergibt sich aus der Analyse der bisherigen Integrationsgeschichte, dass 2005 erstmals jene Defizite des Einigungsprozesses voll durchschlagen, die sich seit den fünfziger Jahren entwickelt haben. Die Bürgerferne des Einigungsprojekts wurde bis in die frühen siebziger Jahre durch den enormen ökonomischen Aufschwung verdeckt. Auch die Blockkonfrontation und die enge transatlantische Kooperation reduzierten in der Entstehungsphase den Legitimationsdruck des Einigungsprojekts. Die Mehrheit der Europäer hatte zudem noch so lebendige Erinnerungen an den „zweiten dreißigjährigen Krieg“ (Raymond Aron) von 1914 bis 1945, dass das Motiv der Friedenssicherung unmittelbar einleuchtete. In besonderem Maße galt dies für die Gründergeneration der Einigungspolitik, von denen viele bereits vor dem Ersten Weltkrieg politisch sozialisiert worden waren und mit der Integration Lehren aus zwei katastrophischen Erfahrungen zogen. Je weiter die Gründungsphase zurückliegt, desto besser können wir die Einmaligkeit der Umstände erkennen, die das Integrationsprojekt damals ermöglichten.

Als die Einigung Europas Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre auf die zweite Generation überging, mehrten sich die Probleme. Als Reaktion gab es zahlreiche Suchbewegungen, um die Bürgerferne der EG zu reduzieren. Sie alle waren jedoch nicht sehr erfolgreich. Die weiterhin präsente Erinnerung an das Zeitalter der Weltkriege, das Andauern des Ost-West-Konflikts, der Übergang in eine ungewisse neue Welt nach 1989/90 und sicherlich auch ein Quantum an Zufall (vor allem in der Ratifikationskrise von Maastricht) verhinderten jedoch, dass diese Probleme übermächtig geworden wären.

Wer in Generationen rechnet, muss das Einigungsprojekt heute am Übergang zu einer dritten Generation sehen. Die Erinnerung an die dunklen Seiten der Geschichte des Kontinents ist verblasst oder in Fernsehdokumentationen aufgehoben. Nicht zuletzt durch die Osterweiterung hat das Denken in Kategorien nationaler Souveränität weiter an Einfluss gewonnen. Die ökonomischen, sozialen und demographischen Herausforderungen sind im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren nicht kleiner geworden. Und seit

Eine schwache Wirtschaft, die Rückkehr des Nationalen: Die dritte Generation steht vor gewaltigen Problemen.

<sup>7</sup> Vgl. zusammenfassend Robert Harmsen: *Europeanization and Governance. A New Institutional Perspective*, *Yearbook of European Studies*, Bd. 14, 2000, S. 51–81; Maria Green Cowles, James Caporaso und Thomas Risse (Hrsg.): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*, Ithaca und London 2001.

## Europa neu denken!

einiger Zeit regieren Männer und Frauen Europa, die an die Gründungsphase der Integration nur Kindheitserinnerungen haben – außerdem kommen einige aus Teilen des Kontinents, für die „europäische Integration“ die längste Zeit ein fernes Geschehen jenseits des Eisernen Vorhangs war.

Es wäre verfehlt, so weiter zu machen wie gehabt. Dänemark 1992 oder Irland 2001, als man nach gescheiterten Referenden einfach die Bevölkerung noch einmal befragte und dann auch das gewünschte Ergebnis erhielt, dürften sich als Modelle verbieten. Nicht nur, weil heute ein solcher zweiter Anlauf geringe Erfolgsaussichten hätte.

Gebt die bisherige Logik der Integration auf: nichts mehr ohne Teilhabe der Bürger.

Man würde so die Bürger noch weiter von der EU distanzieren. Die zentrale Herausforderung wird vielmehr darin liegen, das Einigungsprojekt näher an die Bürger

heranzuführen. Die demokratische Legitimation der EU ist zu gering – unabhängig davon, was Verfassungsrechtler dazu sagen, die oft in nationalstaatlichen Kategorien gefangen sind.

Wenn sich die EU stärker am Willen ihrer Bürger orientieren würde, dann wären für die nächste Zeit weder größere Schritte in Richtung Erweiterung noch in Richtung Vertiefung zu erwarten. Diese Botschaft dürfte sich aus der Ratifikationskrise von 1992/93 und dem Sommer 2005 klar ergeben. Das mag man bedauerlich finden, zumal in diesem Licht neuere, und intellektuell durchaus faszinierende wissenschaftliche Debatten, die für weiche Außengrenzen und ein „Mehr und Weiter“ plädieren, dann als Glasperlenspiele erscheinen.<sup>8</sup> Allerdings wird die EU es sich nicht leisten können, an ihren Bürgern vorbeizuzugieren.

Vor allem muss heute die bisherige Logik der Integration aufgegeben werden, die sich implizit an den Nationsbildungsprozessen seit dem 18. Jahrhundert orientiert hat. Damals hatte politische Partizipation häufig nicht im Vordergrund gestanden, sondern sich erst parallel oder nach der Entstehung eines Nationalstaats herausgebildet. Oft war der Prozess zunächst nur von einer kleinen Elite getragen worden. Heute dagegen stellt die Teilhabe der Bürger eine Grundvoraussetzung politischen Geschehens dar. Eine Integration, die ohne ihre Bürger auszukommen glaubt, befindet sich deswegen auf dem Irrweg. Bundespräsident Horst Köhler hat nach dem Scheitern des französischen Referendums bei einer Rede anlässlich des 50. Jahrestags der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gesagt, dass es nun darum gehe, die „europäische Idee wiederzuentdecken“.<sup>9</sup> Vielleicht muss diese Idee heute aber ebenso sehr erfunden wie wieder gefunden werden.

Eine alte Kaufmannsweisheit besagt, dass Firmen oft in der dritten Generation zu Grunde gehen, nachdem die erste ein Unternehmen aufgebaut und die zweite es fortgeführt hat. In irgendeiner Form wird es die EU sicherlich immer geben. Fraglich ist jedoch, ob es sich um mehr als eine Freihandelszone handeln wird. In dieser Frage scheinen wir heute an einer Wegscheide zu stehen. Wenn die EU für eine effiziente, schlagkräftige und bürgernahe Gemeinschaft stehen soll, welche in der Lage ist, die Kräfte der Globalisierung zu gestalten, dann muss sie jetzt jene Kaufmannsregel widerlegen.

<sup>8</sup> Vgl. z.B. Etienne Balibar: *Europe as Borderland*, Alexander von Humboldt Lecture, University of Nijmegen, 10.11.2004.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Dokumentation in dieser Ausgabe auf S. 124–125.